

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XV
Literatur	XXXIX
Einleitung	1
§ 1 <i>Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft</i>	3
I. Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft	3
II. Normative Kasuistik	14
III. Das Defizit an zusammenfassenden Darstellungen der rechtlichen Wertungszusammenhänge	28
IV. Die Intentionen	34
V. Staatsaufsichtsrecht als »werdendes« Recht	39
VI. Grenzen staatlicher Aufsicht über die Wirtschaft	47
VII. Verfassungs- und grundrechtliche Richtpunkte	54
§ 2 <i>Der Weg zur Lösung des Problems</i>	58
I. Der freie Weg zu Originärem	58
II. Die dem Recht vorgegebene Wirklichkeit als Ausgangspunkt	60
III. Die Gemeinsamkeiten in den grundlegenden Verschiedenheiten	62
IV. Die Trias: Einwirkung, Ziele und Mittel staatlicher Aufsicht	66
V. Nutzenanwendung	66
Erster Teil Verwaltungsrechts-Bereich	69
A. Der Rechtsbereich »Gesundheit und Umwelt«	71
§ 3 <i>Die staatliche Aufsicht im Bereich des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts</i>	71
I. Gesetzgeberischer Regelungsverzicht und Pluralismus aufsichtlicher Regelungen	71
II. Die Zielsetzung	73
III. Die Lebensmittel-Überwachung	78
IV. Zwischenergebnis	94

Inhaltsübersicht

§ 4 Die staatliche Aufsicht über das Apothekenwesen 96
I. Die Zielsetzung 96
II. Die Rahmenaufsicht 97

§ 5 Die Immissionsaufsicht 100
I. Rechtszersplitterung und Fehlbestand moderner technischer Immissionschutznormen 100
II. Die Schutzfunktion 111
III. Die Mittel 119
IV. Die Aufsicht im einzelnen 125
V. Zwischenergebnis 142

§ 6 Das Problem der Aufsicht im Bereich der Abfallbeseitigung 147
I. Aufsichtliche Realität 147
II. Aufsichtliche Zuständigkeiten 151

B. Der Bereich »Raumordnungs- und Baurecht« 153

§ 7 Die staatliche Aufsicht im Bereich der Raumordnung 153

§ 8 Die staatliche Bauaufsicht 155

Zweiter Teil Wirtschaftsrechts-Bereich 157

A. Der Bereich »Gewerberecht« 159

§ 9 Die Bergaufsicht 159
I. Bergaufsichtliche Realität 159
II. Die Zielsetzung 160
III. Der Sonderrechtsbereich der Bergaufsicht 165

§ 10 Zwischenergebnis 167

§ 11 Die Gewerbeaufsicht 169
I. Gewerbeaufsichtliche Realität 169
II. Das Instrumentarium zur umfassenden ordnungsrechtlichen Überwachung gewerberechtl. Betätigung 171
III. Die Aufsicht über das stehende Gewerbe 176
IV. Die Aufsicht über das Reisegewerbe 182
V. Die Aufsicht über Messen, Ausstellungen, Märkte 183
VI. Zwischenergebnis 183

§ 12	<i>Die wettbewerbsrechtliche Aufsicht</i>	186
I.	Begriff, Wesen und Umfang	186
II.	Erlaubniserteilung und Widerruf	188
III.	Eingriffsvoraussetzungen und mögliche Maßnahmen der Kartellbehörde bei freigestellten Anmelde- und Widerspruchskartellen	193
IV.	Aufhebung der vertikalen Preisbindung durch die Kartellbehörde	199
V.	Mißbrauchsaufsicht über Unverbindliche Preisempfehlungen	202
VI.	Mißbrauchsaufsicht über Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	207
VII.	Die Mißbrauchsaufsicht im Bereich der Versorgungswirtschaft	212
VIII.	Kartellaufsicht nach § 104 GWB	214
IX.	Zwischenergebnis	215
B.	Der Bereich »Energierecht«	219
§ 13	<i>Das Problem Energieaufsicht</i>	219
I.	Energieaufsichtliche Realität	219
II.	Zwischenergebnis	227
§ 14	<i>Das Problem Atomaufsicht</i>	228
I.	Atomaufsichtliche Realität	228
II.	Aufsichtliche Schadensvorsorge als Grundrechtsproblem	236
III.	Zwischenergebnis	239
C.	Der Rechtsbereich »Geld- und Kreditwesen«	243
§ 15	<i>Die staatliche Aufsicht über die Kreditwirtschaft</i>	243
I.	Bankenaufsichtliche Realität	243
II.	Die Zielsetzung	251
III.	Der Sonderrechtsbereich der Bankenaufsicht	272
§ 16	<i>Die Aufsichtsbefugnisse im einzelnen</i>	289
I.	Befugniskatalog aufsichtlichen Handelns	289
II.	Zulassung zum Geschäftsbetrieb	290
III.	Abberufung von Geschäftsleitern	304
IV.	Einschreiten gegen ungesetzliche Geschäfte	308
V.	Auskünfte und Prüfungen	309
VI.	Aufsicht in besonderen Fällen	318
VII.	Staatliche Sonderaufsicht	332

§ 17	<i>Zwischenergebnis</i>	340
	I. Bankenaufsicht als überwiegend liberale Rahmenaufsicht	340
	II. Typisierung der Befugnisnormen	344
D.	Der Rechtsbereich »Versicherungswesen«	349
§ 18	<i>Die staatliche Aufsicht über die private Versicherungswirtschaft</i>	349
	I. Versicherungsaufsichtliche Realität	349
	II. Die Zielsetzung	362
	III. Der Sonderrechtsbereich der Versicherungsaufsicht	369
§ 19	<i>Die Aufsichtsbefugnisse im einzelnen</i>	377
	I. Befugniskatalog aufsichtlichen Handelns	377
	II. Zulassung zum Geschäftsbetrieb	378
	III. Laufende Überwachung	390
	IV. Einschreiten gegen ungesetzliche Geschäfte	397
	V. Auskünfte und Prüfungen	399
	VI. Aufsicht in besonderen Fällen	405
	VII. Staatliche Sonderaufsicht	412
§ 20	<i>Zwischenergebnis</i>	422
Dritter Teil	Steuerrechts-Bereich	429
§ 21	<i>Steueraufsichtliche Realität</i>	431
	I. Formell und materiell uneinheitliche Steueraufsicht	431
	II. Allgemeine Steueraufsicht – Besondere Steueraufsicht	432
§ 22	<i>Die unternehmerischen Aufzeichnungspflichten des § 22 UStG</i>	438
	I. Die allgemeine Verpflichtung, Aufzeichnungen zu machen	438
	II. Die Verpflichtung des Unternehmers, die vereinbarten Entgelte für die von ihm ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen aufzuzeichnen	443
	III. Die Verpflichtung des Unternehmers, die vereinnahmten Entgelte und Teilentgelte für die von ihm noch nicht ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen aufzuzeichnen	445
	IV. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Bemessungsgrundlagen für unentgeltliche Leistungen an Arbeitnehmer oder deren Angehörige auf Grund eines Dienstverhältnisses aufzuzeichnen	446
	V. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Bemessungsgrundlagen für den Eigenverbrauch aufzuzeichnen	448

VI. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Entgelte für steuerpflichtige Lieferungen und sonstige Leistungen, die an den Unternehmer für sein Unternehmen ausgeführt worden sind, aufzuzeichnen	449
VII. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Bemessungsgrundlagen für die Einfuhr von Gegenständen aufzuzeichnen	450
VIII. Die Verpflichtung zur Führung eines Steuerheftes durch Reisegewerbetreibende	452
§ 23 <i>Die unternehmerischen Aufzeichnungspflichten bei Reiseleistungen</i>	456
I. Die Verpflichtung, Aufzeichnungen zu machen	456
II. Steuerpflichtige und steuerfreie Reiseleistungen	459
III. Sicherung des Steueranspruchs als objektiver Rechtszweck	459
§ 24 <i>Der Ausfuhrnachweis für Ausfuhrlieferungen</i>	461
I. Die Nachweis-Verpflichtung	461
II. Die Verpflichtung, den Nachweis durch Belege zu führen	465
III. Der Buchnachweis	477
§ 25 <i>Die Außenprüfung im Steuerrecht</i>	486
I. Das Außenprüfungsverfahren als Teil des Besteuerungsverfahrens	486
II. Allgemeine Außenprüfungen	490
III. Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen im Außenprüfungsverfahren	491
IV. Besondere Außenprüfungen	495
§ 26 <i>Steuerfahndung (Zollfahndung)</i>	503
I. Zweck und Anlaß der Steuerfahndung (Zollfahndung)	503
II. Organisation	507
III. Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung) allgemein	511
IV. Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung) im einzelnen	517
V. Befugnisse der Steuerfahndung (Zollfahndung)	525
VI. Die Aufgaben und Befugnisse der Finanzämter (Hauptzollämter)	530
§ 27 <i>Steueraufsicht in besonderen Fällen (§§ 209 ff. AO)</i>	531
I. Steueraufsichtliche Realität	531
II. Die Nachschau-Befugnis	535
III. Besondere Aufsichtsmaßnahmen	543
IV. Die Mitwirkungs- und Hilfspflichten des Betroffenen	548
V. Die Bestellung von Steuerhilfspersonen	554

Inhaltsübersicht

§ 28 <i>Begriff, Wesen und Umfang der Steueraufsicht</i>	556
I. Begriff der Steueraufsicht	556
II. Wesen der Steueraufsicht	558
III. Befugnisgrenzen staatlichen Aufsichtshandelns	571
§ 29 <i>Zwischenergebnis</i>	584
Vierter Teil Staatlicher Aufsichtspluralismus	587
§ 30 <i>Staatlich-aufsichtliche Einwirkung</i>	589
I. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Bereich der administrativen Staatsaufsicht	589
II. Anknüpfungspunkte staatsaufsichtlicher Einwirkung	623
III. Die Subsidiaritätsfunktion	628
IV. Interventionismus – Dirigismus	629
§ 31 <i>Ziele staatlich-aufsichtlicher Einwirkung</i>	635
I. Die Einwirkungsfunktion der Verwaltung	635
II. Die Mittlerfunktion der Verwaltung	646
III. Zukunftsorientierte kontinuierliche Gestaltung	649
§ 32 <i>Mittel staatlich-aufsichtlicher Einwirkung</i>	675
I. Die Skala aufsichtlicher Mittel	675
II. Rechtssatzgebundenheit der Mittel staatlich-aufsichtlicher Einwirkung	682
III. Zur Entwicklung eines Systems der Mittel staatsaufsichtlicher Einwirkung	702
Fünfter Teil Gesamtergebnis	709
§ 33 <i>Zusammenfassung der Teilergebnisse</i>	711
Sachregister	721

Inhalt

Vorwort.....	VII
Einleitung	1
§ 1 <i>Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft</i>	3
I. Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft	3
II. Normative Kasuistik	14
1. Vom ius supremæ inspectionis zur Steueraufsicht der AO 1977	14
2. Normenpluralismus als rechtsstaatliches Problem	20
3. Normenpluralismus und Abhängigkeit des einzelnen vom Staat	23
4. Normenpluralismus und Wandel der Normzwecke	26
III. Das Defizit an zusammenfassenden Darstellungen der rechtlichen Wertungszusammenhänge	28
1. Die Partizipation an der Mannigfaltigkeit staatlicher Verwaltungstätigkeit	28
2. Integration, Interdisziplinarität, Multidisziplinarität	32
IV. Die Intentionen	34
1. Die sozialverantwortliche, gesetzgebundene Kontrolle unternehmerischen Geschäftsgebarens	34
2. Surrogate zur funktionsschützenden Kontrolle	37
V. Staatsaufsichtsrecht als »werdendes« Recht	39
1. Die Ausrichtung auf die dynamischen gesamtwirtschaftlichen Vorgänge	39
a) Die grundsätzliche Problematik	39
b) Gesamtwirtschaftliche Ordnungsgrundsätze und einzelrechtliche Rücksichten	42
c) Zuordnung und Integration	45
2. Die aufsichtlichen Unzulänglichkeiten	46
VI. Grenzen staatlicher Aufsicht über die Wirtschaft	47
1. Zweckerreichung als Verwirklichung einer antizipierten Vorstellung	47
2. Die absolutistische Erforderlichkeitsvorstellung	48
3. Interventionsfreundlichkeit kraft Befugnisnorm	49
4. Die Wertbindungen der Bestimmungen des GG	50
VII. Verfassungs- und grundrechtliche Richtpunkte	54
§ 2 <i>Der Weg zur Lösung des Problems</i>	58
I. Der freie Weg zu Originärem	58

II. Die dem Recht vorgegebene Wirklichkeit als Ausgangspunkt	60
1. Der dem Bereich des Tatsächlichen zugehörige Ausgangspunkt	60
2. Staatsaufsicht – Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung	60
3. Die wissenschaftliche Verpflichtung	61
III. Die Gemeinsamkeiten in den grundlegenden Verschiedenheiten	62
1. Vergleichung als Methode geisteswissenschaftlicher Interpretation . .	62
2. Die vorherige Sinnbestimmung der unterschiedlichen überwiegend materiellrechtlichen Gehalte der Vergleichsaufsichten	63
IV. Die Trias: Einwirkung, Ziele und Mittel staatlicher Aufsicht	66
V. Nutzenanwendung	66
Erster Teil Verwaltungsrechts-Bereich	69
A. Der Rechtsbereich »Gesundheit und Umwelt«	71
§ 3 <i>Die staatliche Aufsicht im Bereich des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts</i>	71
I. Gesetzgeberischer Regelungsverzicht und Pluralismus aufsichtlicher Regelungen	71
II. Die Zielsetzung	73
1. Genereller Schutz	73
2. Individualschutz	75
III. Die Lebensmittel-Überwachung	78
1. Zuständigkeit für die Überwachung	78
a) Zuständigkeit im Rahmen landesrechtlicher Organisationsgewalt	78
b) Sonderzuständigkeit	79
2. Regelmäßige Überprüfungen und Probennahmen als bevorzugte Mittel staatlicher Aufsicht	79
a) Die Befugnis, Grundstücke, Betriebs- und Geschäftsräume zu betreten	79
aa) Der Befugnistatbestand des § 41 Abs. 3 Nr. 1 LMBG	79
bb) Räumliche Beschränkung	80
cc) Zeitliche Beschränkung	81
dd) Befugnistatbestand und verfassungsrechtliche Grundlage . . .	82
b) Die Befugnis, Wohnräume bestimmter auskunftspflichtiger Per- sonen zu betreten	83
aa) Der Befugnistatbestand des § 41 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b LMBG	83
bb) Räumliche Abgrenzung	83
cc) Die nach § 41 Abs. 3 Nr. 4 LMBG zur Auskunft Verpflichteten	83
dd) Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicher- heit und Ordnung	84

c) Die Befugnis, geschäftliche Aufzeichnungen, Frachtbriefe, Bücher und Unterlagen einzusehen	84
aa) Der Befugnistatbestand des § 41 Abs. 3 Nr. 3 LMBG	84
bb) Geschäftliche Aufzeichnungen, Frachtbriefe, Bücher	84
cc) Unterlagen über die bei der Herstellung verwendeten Stoffe	85
d) Die Befugnis, Einrichtungen und Geräte zu besichtigen	86
aa) Der Befugnistatbestand des § 41 Abs. 3 Nr. 3 letzter Halbs. LMBG	86
bb) Einrichtungen und Geräte zur Beförderung von Lebensmitteln	87
e) Die Befugnis, Auskünfte zu verlangen	87
aa) Der Befugnistatbestand des § 41 Abs. 3 Nr. 4, Abs. 4 LMBG	87
bb) Die zur Auskunft Verpflichteten	87
cc) Die erforderlichen Auskünfte	88
f) Die Mitteilungsbefugnis der Zolldienststellen	89
g) Die Befugnis, Proben zu entnehmen	89
aa) Der Befugnistatbestand des § 42 Abs. 1 Satz 1 LMBG	89
bb) Gegenstand der Probenahme	90
cc) Die Erforderlichkeitsvoraussetzung	90
dd) Probenahme – Gegenprobe	91
3. Die korrespondierenden Duldungs- und Mitwirkungspflichten	92
a) Duldungspflichten	92
b) Unterstützungspflichten	93
IV. Zwischenergebnis	94
§ 4 Die staatliche Aufsicht über das Apothekenwesen	96
I. Die Zielsetzung	96
1. Die ursprüngliche »gesundheitspolizeiliche« Aufsicht	96
2. Die heutigen Schutzfunktionen	97
II. Die Rahmenaufsicht	97
1. Das Fehlen funktionaler Einheitlichkeit	97
2. Die Überwachung	98
a) Zuständigkeit im Rahmen landesrechtlicher Organisationsgewalt	98
b) Bevorzugte Mittel staatlicher Aufsicht	98
aa) Die Befugnis, Räume zu betreten	98
bb) Die Befugnis, Besichtigungen vorzunehmen	98
cc) Die Befugnis, Proben zu entnehmen	99
dd) Die Befugnis, vorläufige Anordnungen zu treffen	99
ee) Die Befugnis, die Apotheke zu schließen	99
c) Die korrespondierenden gleichinhaltlichen Duldungs- und Mitwirkungspflichten	99
§ 5 Die Immissionsaufsicht	100
I. Rechtszersplitterung und Fehlbestand moderner technischer Immissionschutznormen	100
1. Der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	100

2. Zivilrechtliches Immissionsschutzrecht	106
3. Strafrechtliches Immissionsschutzrecht	109
II. Die Schutzfunktion	111
1. Genereller Schutz – Individualschutz	111
2. Die Schutzfunktion als gebundene Funktion	115
III. Die Mittel	119
1. Die aufsichtliche Einheitlichkeit	119
2. Orientierungsdaten staatlicher Aufsichtsmaßnahmen	120
3. Individualaufsicht	122
IV. Die Aufsicht im einzelnen	125
1. Zuständigkeit im Rahmen landesrechtlicher Organisationsgewalt ..	125
2. Allgemeine Überwachungsbefugnisse	126
a) Die Aufsichtsbefugnisse als selbständige staatliche Befugnisse ...	126
aa) Duldungspflicht und Aufsichtsrecht	126
bb) Adressaten staatlicher Aufsicht	126
b) Befugnis-katalog aufsichtlichen Handelns	127
c) Die Befugnis, Grundstücke zu betreten	128
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 BImSchG	128
bb) Räumliche Beschränkung	128
cc) Zeitliche Beschränkung	129
d) Die Befugnis, Wohnräume zu betreten	130
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 BImSchG	130
bb) Räumliche Abgrenzung	130
cc) Die nach § 52 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 BImSchG Pflichtigen	131
e) Die Befugnis, Prüfungen vorzunehmen	131
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 2 Satz 1 Alt. 3 BImSchG	131
bb) Die Ausrichtung auf die Erlangung von Indikatoren	132
f) Die Befugnis, Auskünfte zu verlangen	133
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 2 Satz 1 Alt. 4 BImSchG	133
bb) Umfang der Auskünfte	133
g) Die Befugnis, die Vorlage von Unterlagen zu verlangen	134
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 2 Satz 1 Alt. 5 BImSchG	134
bb) Umfang der Vorlagebefugnis	134
h) Die Befugnis, die Hinzuziehung des Immissionsschutzbeauftrag- ten zu verlangen	134
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 2 Satz 3 BImSchG	134
bb) Die Konzeption des Immissionsschutzbeauftragten	135
i) Die Befugnis, Stichproben zu entnehmen	136
aa) Der Befugnistatbestand des § 52 Abs. 3 Satz 2 BImSchG	136
bb) Umfang der Probenahme	136

3. Die korrespondierenden Mitwirkungs- und Duldungspflichten	137
a) Mitwirkungspflichten	137
b) Duldungspflichten Dritter	138
4. Spezielle Überwachungsbefugnisse	138
a) Die Befugnis, Messungen aus besonderem Anlaß anzuordnen . . .	138
aa) Der Befugnistatbestand des § 26 Satz 1 BImSchG	138
bb) Zweck und Inhalt	139
b) Die Befugnis, Emissionserklärungen zu verlangen	139
aa) Der Befugnistatbestand des § 27 Abs. 1 Satz 1 BImSchG	139
bb) Zweck und Inhalt	140
cc) Emissionserklärungen und Betriebsinterna	140
c) Die Befugnis, Auskunft über ermittelte Emissionen und Immis- sionen zu verlangen	141
aa) Der Befugnistatbestand des § 31 Satz 1 BImSchG	141
bb) Zweck und Inhalt	141
d) Die Überwachungsbefugnisse bei Feuerungsanlagen	141
V. Zwischenergebnis	142
§ 6 <i>Das Problem der Aufsicht im Bereich der Abfallbeseitigung</i>	147
I. Aufsichtliche Realität	147
II. Aufsichtliche Zuständigkeiten	151
B. Der Bereich »Raumordnungs- und Baurecht«	153
§ 7 <i>Die staatliche Aufsicht im Bereich der Raumordnung</i>	153
§ 8 <i>Die staatliche Bauaufsicht</i>	155
Zweiter Teil Wirtschaftsrechts-Bereich	157
A. Der Bereich »Gewerberecht«	159
§ 9 <i>Die Bergaufsicht</i>	159
I. Bergaufsichtliche Realität	159
II. Die Zielsetzung	160
1. Die Wahrung öffentlicher Interessen	160
2. Die Beaufsichtigung und Lenkung der Bergwerksbetriebe	161
a) Beaufsichtigung und Lenkung	161
b) Objekte staatlichen Aufsichts- und Lenkungsbemühens	162
3. Sicherung und Schutz	162
4. Die Bergaufsicht als ausschließlich staatliche Aufsicht	163
III. Der Sonderrechtsbereich der Bergaufsicht	165
1. Das Betriebsplanverfahren	165
2. Die Aufsichtsbefugnisse im einzelnen	165
a) Befugnikatalog aufsichtlichen Handelns	165

§ 10	<i>Zwischenergebnis</i>	167
§ 11	<i>Die Gewerbeaufsicht</i>	169
	I. Gewerbeaufsichtliche Realität	169
	II. Das Instrumentarium zur umfassenden ordnungsrechtlichen Überwachung gewerberechtlicher Betätigung	171
	1. Rechtsgrundlagen allgemein	171
	2. Adressaten staatsaufsichtlichen Verwaltungshandelns	172
	a) Die »gewerbsmäßig« Tätigen	172
	b) Die »gewerbsunfähig« Tätigen	175
	III. Die Aufsicht über das stehende Gewerbe	176
	1. Stehendes Gewerbe	176
	2. Anzeigepflicht	176
	a) Betriebsbeginn, Betriebsveränderung, Betriebsaufgabe	176
	b) Die Anzeigepflicht als selbständige Verpflichtung	176
	3. Anlagen, die einer besonderen Überwachung bedürfen	177
	4. Gewerbetreibende, die einer besonderen Genehmigung bedürfen ...	178
	a) Sachkonzessionen – Personalkonzessionen	178
	b) »Rücknahme« und »Widerruf«	179
	c) Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit	180
	IV. Die Aufsicht über das Reisegewerbe	182
	1. Reisegewerbekartenpflicht	182
	2. Reisegewerbeanzeigepflicht	182
	V. Die Aufsicht über Messen, Ausstellungen, Märkte	183
	VI. Zwischenergebnis	183
§ 12	<i>Die wettbewerbsrechtliche Aufsicht</i>	186
	I. Begriff, Wesen und Umfang	186
	1. Begriff	186
	2. Wesen	186
	3. Umfang	187
	II. Erlaubniserteilung und Widerruf	188
	1. Die Aufsichtstatbestände des § 11 Abs. 4 und 5 GWB	188
	2. Die Erlaubnis	188
	a) Erteilung der Erlaubnis	188
	b) Dauer der Erlaubnis	188
	c) Inhalt der Erlaubnis	189
	aa) § 11 Abs. 3 GWB als Befugnisnorm	189
	bb) Beschränkungen	189
	cc) Bedingungen	189
	dd) Auflagen	189
	ee) Inhaltsgrenzen nach Verfassungs- und Verwaltungsrecht ...	189

3. Der Widerruf der Erlaubnis	190
a) ... nach der Kann-Bestimmung des § 11 Abs. 4 GWB	190
aa) Allgemeine Voraussetzungen	190
bb) Wesentliche Änderung der für die Erlaubniserteilung maßgeblichen Verhältnisse	191
cc) Zuwiderhandlung gegenüber einer mit der Erlaubnis verbundenen Auflage	191
b) ... nach der Muß-Bestimmung des § 11 Abs. 5 GWB	191
aa) Allgemeine Voraussetzungen	191
bb) Herbeiführen der Erlaubnis durch rechtswidrige Einwirkung	192
cc) Mißbrauch der Freistellung von § 1 GWB	192
dd) Verletzung von in zwischenstaatlichen Abkommen anerkannten Grundsätzen	192
ee) Zuwiderhandeln gegen die Verbote der §§ 25 Abs. 2 und 3, 26 GWB	192
 III. Eingriffsvoraussetzungen und mögliche Maßnahmen der Kartellbehörde bei freigestellten Anmelde- und Widerspruchskartellen	193
1. Der Aufsichtstatbestand des § 12 GWB	193
a) Mißbrauch der Marktstellung sowie Verletzung von in zwischenstaatlichen Abkommen anerkannten Grundsätzen	193
b) Aufsicht über Exportkartelle gem. § 6 Abs. 1 GWB	194
2. Anwendungsbereich der aufsichtlichen Befugnisnorm	194
a) Die Konditionenkartelle	194
b) Die Rabattkartelle	195
c) Die Normen- und Typenkartelle sowie die Angebotschemakartelle	196
d) Die Spezialisierungskartelle	196
e) Kooperationserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen	197
f) Die Ausfuhrkartelle	198
3. Aufsichtliche Maßnahmen der Kartellbehörde im einzelnen	198
a) Verpflichtung, einen beanstandeten Mißbrauch abzustellen	198
b) Verpflichtung, die Verträge oder Beschlüsse zu ändern	199
c) Die Befugnis, Verträge und Beschlüsse für unwirksam zu erklären	199
 IV. Aufhebung der vertikalen Preisbindung durch die Kartellbehörde	199
1. Der Tatbestand der allgemeinen Mißbrauchsaufsicht des § 17 GWB	199
a) Voraussetzungen aufsichtlichen Tätigwerdens	199
b) Die mißbräuchliche Handhabung der Preisbindung	200
c) Die Eignung der Preisbindung zur Auslösung wirtschaftlich schädlicher Wirkungen	200
2. Aufsichtliche Maßnahmen der Kartellbehörde im einzelnen	201
a) Die Unwirksamerklärung und das Verbot neuer gleichartiger Preisbindungen	201
b) Die Befugnis, die Preisbindung für unwirksam zu erklären	201

c) Die Befugnis, die Anwendung einer neuen, gleichartigen Preisbindung zu verbieten	202
V. Mißbrauchsaufsicht über Unverbindliche Preisempfehlungen	202
1. Die Unverbindlichen Preisempfehlungen	202
a) Das allgemeine Empfehlungsverbot	202
b) Ausnahme vom allgemeinen Empfehlungsverbot	202
c) Die Bedeutung der Freistellung	203
2. Aufsichtliche Maßnahmen der Kartellbehörde im einzelnen	204
a) Kartellbehördliche Aufsicht bei Mißbrauch der Freistellung allgemein	204
b) Kartellbehördliche Aufsicht bei Mißbrauch der Freistellung nach § 38 a Abs. 3 GWB	204
VI. Mißbrauchsaufsicht über Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	207
1. Die Mißbrauchsaufsicht – ein Kompromiß ohne eigentliche positive Fundierung	207
a) Aufsicht über Kreditinstitute	207
aa) Das Sicherheitsargument	207
bb) Das Kooperationsargument	208
cc) Das Geldschöpfungsargument	208
dd) Das Ausgleichsargument	208
ee) Das Gruppenargument	208
ff) Das Vorleistungsargument	208
b) Aufsicht über Versicherungsunternehmen	209
aa) Das Kapazitätsargument	209
bb) Das Kalkulationsargument	209
cc) Das Transparenzargument	209
dd) Das Mitversicherungsargument	209
ee) Das Rückversicherungsargument	210
ff) Das Sicherheitsargument	210
2. Der Aufsichtstatbestand des § 102 Abs. 4 Satz 1 GWB	210
3. Die Tatbestandsmerkmale im einzelnen	211
a) »Die Fälle des Absatzes 1«	211
b) Die aufsichtliche Befugnis, Maßnahmen zu untersagen	211
c) Die aufsichtliche Befugnis, Verträge und Beschlüsse für unwirksam zu erklären	211
d) Die aufsichtliche Befugnis, Empfehlungen für unzulässig zu erklären	212
4. Das Einvernehmen der Fachaufsichtsbehörde	212
VII. Die Mißbrauchsaufsicht im Bereich der Versorgungswirtschaft	212
1. Aufsichtliche Realität	212
2. Die Zielsetzung	213
3. Die Mittel	214

VIII. Kartellaufsicht nach § 104 GWB	214
1. Der Aufsichtstatbestand allgemein	214
2. Die aufsichtlichen Befugnisse im einzelnen	215
IX. Zwischenergebnis	215
B. Der Bereich »Energierrecht«	219
§ 13 <i>Das Problem Energieaufsicht</i>	219
I. Energieaufsichtliche Realität	219
II. Zwischenergebnis	227
§ 14 <i>Das Problem Atomaufsicht</i>	228
I. Atomaufsichtliche Realität	228
II. Aufsichtliche Schadensvorsorge als Grundrechtsproblem	236
III. Zwischenergebnis	239
C. Der Rechtsbereich »Geld- und Kreditwesen«	243
§ 15 <i>Die staatliche Aufsicht über die Kreditwirtschaft</i>	243
I. Bankenaufsichtliche Realität	243
1. Problemübersicht	243
a) Aufsicht als normative Form einer Idee	243
b) Renaissance des Aufsichtsgedankens	247
2. Die Banken als Risikofaktoren staatlicher Steuerungsmaßnahmen ..	249
II. Die Zielsetzung	251
1. Die Funktionsfähigkeit des Kreditgewerbes	251
2. Die Schutzfunktion	253
a) Die janusköpfige Schutzfunktion	253
b) Der Schutz des Vertrauens auf die Kreditwirtschaft	254
c) Die Sicherungsinteressen der Einleger	257
d) Die Verbraucherschutzinteressen der Kreditnehmer	264
3. Die Ordnungsfunktion	265
4. Die Gestaltungsfunktion	267
a) Art. 2 Abs. 1 GG als Magna Charta unternehmerischer Freiheit ..	267
b) Die gebundene Entscheidungsträgerschaft	268
c) Die Alternative Interventionismus oder normativ-funktionale	
Methode	270
d) Vereinheitlichung der Innenrevision	271
III. Der Sonderrechtsbereich der Bankenaufsicht	272
1. Allgemeine »Rechtsgrundlagen«	272
a) Die Trias von Normenkomplexen	272
b) Der Normenkomplex des BBankG	273

c) Der Normenkomplex des KWG	275
d) Der Normenkomplex des § 102 GWB	278
2. Das Bundesaufsichtsamt als zuständige Aufsichtsbehörde	281
a) Sachliche Zuständigkeit	281
b) Funktionelle Zuständigkeit	283
c) Der Kreis potentieller Aufsichtsadressaten als Spiegelbild der funktionellen Zuständigkeit	284
 § 16 Die Aufsichtsbefugnisse im einzelnen	 289
I. Befugnis-katalog aufsichtlichen Handelns	289
II. Zulassung zum Geschäftsbetrieb	290
1. Erteilung der Erlaubnis	290
a) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	290
b) Die Erlaubnisadressaten	291
c) Unbeschränkte und beschränkte Erlaubnis	292
aa) Unbeschränkte Erlaubnis	292
bb) Beschränkte Erlaubnis	293
d) Erlaubnis unter Auflagen	293
e) Erlöschen der erteilten Erlaubnis	294
2. Versagung der Erlaubnis	294
a) Abgeschlossener Katalog von Versagungsgründen	294
b) Die Versagungsgründe im einzelnen	295
aa) Das Fehlen der erforderlichen Mittel	295
bb) Unzuverlässigkeit eines Antragstellers oder eines »geborenen« Geschäftsleiters	296
cc) Fehlen der fachlichen Eignung	297
dd) Grundsätzlicher Ausschluß der Stellvertretung bei Ausübung der Betriebsbefugnisse	297
ee) Bedürfnisprüfungen	299
3. Rücknahme der erteilten Erlaubnis	300
a) Die Rücknahmegründe allgemein	300
b) Die Aufhebungsgründe im einzelnen	300
aa) Einjähriges Ruhen des Geschäftsbetriebs	300
bb) Betreiben eines Kreditinstituts in der Rechtsform eines Einzelkaufmanns	301
cc) Die Rücknahmetatbestände des § 35 Abs. 2 Nr. 3 KWG	302
dd) Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern	303
III. Abberufung von Geschäftsleitern	304
1. Das Verlangen nach Abberufung von Geschäftsleitern als Alternative zur Rücknahme der Erlaubnis	304
2. Die Untersagung der Ausübung einer Geschäftsleiter-Tätigkeit	305
3. Fortgesetzter schuldhafter Verstoß gegen Gesetz, Verordnung oder Anordnung	305
IV. Einschreiten gegen ungesetzliche Geschäfte	308

V. Auskünfte und Prüfungen	309
1. Die Aufsichtsbefugnisse im einzelnen	309
a) Die Befugnis, Auskünfte zu verlangen	309
aa) Der Befugnistatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 Halbs. 1 KWG	309
bb) Der Kreis der Auskunftspflichtigen	309
cc) Gegenstand des Auskunftsverlangens	310
b) Die Befugnis, die Vorlegung der Bücher und Schriften zu verlangen	311
aa) Der Befugnistatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 Halbs. 1 KWG	311
bb) Die Befugnis, die Vorlegung zu verlangen	312
c) Die Befugnis, Prüfungen vorzunehmen	313
aa) Der Befugnistatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 Halbs. 1 KWG	313
bb) Prüfungen als Akte normaler Aufsichtstätigkeit	313
d) Die Befugnis, die Geschäftsräume zu betreten	314
aa) Der Befugnistatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 Halbs. 2 KWG	314
bb) Räumliche Beschränkung	315
cc) Zeitliche Beschränkung	315
e) Die Befugnis, Vertreter zu Organ-Versammlungen und -Sitzungen zu entsenden	316
f) Die Befugnis, die Einberufung von Versammlungen, die Anberaumung von Sitzungen und die Ankündigung von Gegenständen zur Beschlußfassung zu verlangen	316
aa) Einberufung von Versammlungen	316
bb) Anberaumung von Sitzungen	317
cc) Ankündigung von Gegenständen zur Beschlußfassung	317
VI. Aufsicht in besonderen Fällen	318
1. Maßnahmen bei unzureichendem Eigenkapital und unzureichender Liquidität	318
a) Die Befugnis, Entnahmen durch die Inhaber oder Gesellschafter zu untersagen oder zu beschränken	318
aa) Der Befugnistatbestand des § 45 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 KWG ..	318
bb) Voraussetzung für die Befugnis	318
cc) Untersagung oder Beschränkung von Entnahmen durch die Inhaber oder Gesellschafter	320
b) Die Befugnis, die Ausschüttung von Gewinnen zu untersagen oder zu beschränken	321
aa) Der Befugnistatbestand des § 45 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 KWG ..	321
bb) Voraussetzung für die Befugnis	321
cc) Untersagung oder Beschränkung der Ausschüttung von Gewinnen	321
c) Die Befugnis, die Gewährung von Krediten zu untersagen oder zu beschränken	322
aa) Der Befugnistatbestand des § 45 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 KWG ..	322
bb) Untersagung oder Beschränkung der Gewährung von Krediten	322

d) Die Befugnis, langfristige Anlagen zu untersagen	323
aa) Der Befugnisatbestand des § 45 Abs. 1 Satz 2 KWG	323
bb) Das Verbot, verfügbare Mittel langfristig anzulegen	323
2. Maßnahmen bei Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen	324
a) Die Befugnis, Anweisungen für die Geschäftsführung des Kreditinstituts zu erlassen	324
aa) Der Befugnisatbestand des § 46 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 KWG	324
bb) Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen	324
cc) Der Erlaß von Anweisungen für die Geschäftsführung des Kreditinstituts	324
b) Die Befugnis, die Annahme von Einlagen und die Gewährung von Krediten zu verbieten oder zu begrenzen	325
c) Die Befugnis, Inhabern und Geschäftsleitern die Ausübung ihrer Tätigkeit zu untersagen oder zu beschränken	326
d) Die Befugnis, Aufsichtspersonen zu bestellen	327
e) Antragsbefugnis des Bundesaufsichtsamtes für die Bestellung vertretungsberechtigter Personen	327
3. Maßnahmen bei Konkursgefahr	329
a) Die Befugnis, ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot an das Kreditinstitut zu erlassen	329
b) Die Befugnis, die Entgegennahme von Zahlungen zu verbieten	330
c) Die Befugnis, die Schließung des Kreditinstituts für den Verkehr mit der Kundschaft anzuordnen	330
d) Die Befugnis, die Bestellung der erforderlichen geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Personen zu beantragen	331
4. Maßnahmen bei Konkurs	331
VII. Staatliche Sonderaufsicht	332
1. Die »andere staatliche Aufsicht«	332
2. Zweigstellen ausländischer Unternehmen	333
a) Bankgeschäftliche Tätigkeit der Zweigstelle	333
b) Erteilung der Erlaubnis	334
c) Bestellung von Geschäftsleitern	336
d) Gesonderte Buchführung und Rechnungslegung	337
3. Repräsentanzen ausländischer Unternehmen	338
§ 17 <i>Zwischenergebnis</i>	340
I. Bankenaufsicht als überwiegend liberale Rahmenaufsicht	340
II. Typisierung der Befugnisnormen	344
D. Der Rechtsbereich »Versicherungswesen«	349
§ 18 <i>Die staatliche Aufsicht über die private Versicherungswirtschaft</i>	349
I. Versicherungsaufsichtliche Realität	349
1. Problemübersicht	349
a) Aufsicht als gesetzlicher Auftrag	349
b) Der gesetzliche Auftrag als Ausfluß staatlicher Fürsorgepflicht	351

2. Aufsicht über privat- und öffentlich-rechtliche Unternehmen	358
3. Der Betrieb von Versicherungsgeschäften	359
4. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	360
a) Art. 2 Abs. 1 GG als Magna Charta unternehmerischer Freiheit . .	360
b) Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 GG?	362
II. Die Zielsetzung	362
1. Die erweiterte Schutzfunktion	362
a) Schutz der Belange der Versicherten	362
b) Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsunter- nehmen	366
2. Die Verbraucherschutzinteressen der Versicherungsnehmer	367
III. Der Sonderrechtsbereich der Versicherungsaufsicht	369
1. Die Normkomplexe	369
a) Nationales Versicherungsaufsichtsrecht	369
aa) Die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb	369
bb) Die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen	369
b) Internationales Versicherungsaufsichtsrecht	370
2. Das Bundesaufsichtsamt als zuständige Aufsichtsbehörde	370
a) Sachliche Zuständigkeit	370
b) Funktionelle Zuständigkeit	374
c) Der Kreis potentieller Aufsichtsadressaten als Spiegelbild der funktionellen Zuständigkeit	375
aa) Die inländischen privaten Versicherungsunternehmen	375
bb) Die öffentlich-rechtlichen Wettbewerbs-Versicherungen	375
 § 19 Die Aufsichtsbefugnisse im einzelnen	 377
I. Befugnikatalog aufsichtlichen Handelns	377
II. Zulassung zum Geschäftsbetrieb	378
1. Erteilung der Erlaubnis	378
a) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	378
b) Die Erlaubnisadressaten	380
c) Unbeschränkte und beschränkte Erlaubnis	381
aa) Unbeschränkte Erlaubnis	381
bb) Beschränkte Erlaubnis	381
d) Erlaubnis unter Auflagen	381
e) Erlöschen der Erlaubnis	382
2. Versagung der Erlaubnis	383
a) Abgeschlossener Katalog von Versagungsgründen	383
b) Die Versagungsgründe im einzelnen	383
aa) Die mangelnde Ehrbarkeit der Inhaber und Geschäftsleiter .	383
bb) Die mangelnde fachliche Vorbildung der Inhaber und Geschäftsleiter	384
cc) Das Fehlen sonstiger für den Betrieb des Unternehmens noch erforderlicher Eigenschaften und Erfahrungen	385

dd) Die nicht ausreichende Wahrung der Belange der Versicherten	385
ee) Nicht gewährleistete dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen	386
3. Widerruf der Erlaubnis	387
a) Die Widerrufsgründe allgemein	387
b) Die Widerrufsgründe im einzelnen	388
aa) Wegfall der Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis	388
bb) Schwerwiegende Pflichtverletzungen	389
cc) Schwere Mißstände	389
dd) Undurchführbarkeit von Sanierungsmaßnahmen nach dem Solvabilitäts- oder Finanzierungsplan	390
III. Laufende Überwachung	390
1. Ziel und Inhalt der Überwachung	390
a) Ziel der Überwachung	390
b) Inhalt der Überwachung	392
2. Abberufung von Geschäftsleitern	394
a) Das Verlangen nach Abberufung von Geschäftsleitern als Alternative zum Widerruf der Betriebserlaubnis	394
b) Das Abberufungsbegehren und seine Ausrichtung auf die Vorstandsfunktion	395
3. Bestellung eines Sonderbeauftragten	395
IV. Einschreiten gegen ungesetzliche Geschäfte	397
1. Untersagung der Verbindung von Darlehensgeschäften und Versicherungsabschlüssen	397
a) Die Untersagungsbefugnis	397
b) Die unwiderlegliche Vermutung eines Mißstandssachverhalts	397
2. Untersagung der Gewährung von Sondervergütungen	397
3. Untersagung des Abschlusses von Begünstigungsverträgen	398
V. Auskünfte und Prüfungen	399
1. Die Befugnis, Auskünfte zu verlangen	399
a) Der gesetzgeberische Verzicht auf ein allgemeines Auskunftsrecht	399
b) Auskunftsrecht kraft ständiger Aufsichtspraxis	400
2. Die Befugnis zu Prüfungen an Ort und Stelle	401
a) Der Befugnistatbestand des § 83 Abs. 1 VAG	401
b) Umfang der örtlichen Prüfung	401
c) Die Beschränkung der Prüfung	402
aa) Die zeitliche Beschränkung	402
bb) Die örtliche Beschränkung	402
3. Die Befugnis, Vertreter in Versammlungen und Sitzungen zu entsenden	403

4. Die Befugnis, die Einberufung von Versammlungen und Sitzungen zu verlangen	404
a) Das Einberufungsverlangen	404
b) Das Ankündigungsverlangen	404
c) Einberufung und Anündigung durch die Aufsichtsbehörde	404
VI. Aufsicht in besonderen Fällen	405
1. Änderungen des Geschäftsplanes	405
a) Die Befugnis der Aufsichtsbehörde, die Änderung eines Geschäftsplanes zu verlangen	405
aa) Das Verlangen nach Geschäftsplanänderung	405
bb) Voraussetzungen des Verlangens	405
cc) Das Verlangen als Kollegialverfügung der Beschlußkammer ..	406
b) Die Befugnis der Aufsichtsbehörde zur Änderung oder Aufhebung eines Geschäftsplanes	406
aa) Änderung und Aufhebung eines Geschäftsplanes	406
bb) Voraussetzungen der Änderung und Aufhebung	406
cc) Änderung und Aufhebung als Verwaltungsakt der Beschlußkammer	406
2. Vorlage von Solvabilitäts- und Finanzierungsplan	407
a) Die Befugnis der Aufsichtsbehörde, die Vorlage eines Solvabilitätsplanes zu verlangen	407
b) Die Befugnis der Aufsichtsbehörde, die Vorlage eines Finanzierungsplanes zu verlangen	409
3. Einschränkung oder Untersagung der freien Verfügung über die Vermögensgegenstände des Unternehmens	410
4. Untersagung einer Beteiligung	410
a) Die Befugnis der Aufsichtsbehörde, die Fortsetzung einer Beteiligung zu untersagen	410
b) Voraussetzungen der Untersagung	410
c) Die Untersagung als Verwaltungsakt der Beschlußkammer	411
5. Staatliche Aufsicht bei Unternehmensliquidation	411
VII. Staatliche Sonderaufsicht	412
1. Internationales Versicherungsaufsichtsrecht	412
2. Direktversicherungsgeschäfte durch ausländische Versicherungsunternehmen	414
a) Die grundsätzliche Zulassungsbedürftigkeit	414
b) Erteilung der Erlaubnis	415
aa) Allgemeines	415
bb) Unternehmen mit Sitz innerhalb der EWG	415
cc) Unternehmen mit Sitz außerhalb der EWG	417
c) Errichtung einer Niederlassung	419
d) Gesonderte Rechnungslegung	420
e) Bestellung eines Hauptbevollmächtigten	420
aa) Der Verpflichtungstatbestand	420
bb) Die rechtliche Stellung	420
§ 20 Zwischenergebnis	422

Dritter Teil Steuerrechts-Bereich	429
§ 21 <i>Steueraufsichtliche Realität</i>	431
I. Formell und materiell uneinheitliche Steueraufsicht	431
II. Allgemeine Steueraufsicht – Besondere Steueraufsicht	432
§ 22 <i>Die unternehmerischen Aufzeichnungspflichten des § 22 UStG</i>	438
I. Die allgemeine Verpflichtung, Aufzeichnungen zu machen	438
1. Der Kreis der Aufzeichnungspflichtigen	438
2. Die Art der Aufzeichnungen	439
3. Die Verpflichtung zu ordnungsmäßigen Aufzeichnungen	441
a) Ordnungsgrundsätze für die Aufzeichnungen allgemein	441
b) Vollständige Aufzeichnungen	442
c) Richtige Aufzeichnungen	442
d) Zeitgerechte Aufzeichnungen	442
e) Geordnete Aufzeichnungen	443
f) Weitere Kriterien der Ordnungsmäßigkeit der Aufzeichnungen ..	443
II. Die Verpflichtung des Unternehmers, die vereinbarten Entgelte für die von ihm ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen aufzuzeichnen	443
1. Die Aufzeichnungsverpflichtung	443
2. Der Gegenstand der Aufzeichnung	444
III. Die Verpflichtung des Unternehmers, die vereinnahmten Entgelte und Teilentgelte für die von ihm noch nicht ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen aufzuzeichnen	445
1. Die Aufzeichnungsverpflichtung	445
2. Der Gegenstand der Aufzeichnung	445
IV. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Bemessungsgrundlagen für unentgeltliche Leistungen an Arbeitnehmer oder deren Angehörige auf Grund eines Dienstverhältnisses aufzuzeichnen	446
1. Die Aufzeichnungsverpflichtung	446
2. Der Gegenstand der Aufzeichnung	446
V. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Bemessungsgrundlagen für den Eigenverbrauch aufzuzeichnen	448
1. Die Aufzeichnungsverpflichtung	448
2. Die Gegenstände der Aufzeichnung	448
a) Der Gegenstands-Eigenverbrauch	448
b) Der Leistungs-Eigenverbrauch	448
c) Der Aufwendungs-Eigenverbrauch	449
VI. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Entgelte für steuerpflichtige Lieferungen und sonstige Leistungen, die an den Unternehmer für sein Unternehmen ausgeführt worden sind, aufzuzeichnen	449
1. Die Aufzeichnungsverpflichtung	449
2. Der Gegenstand der Aufzeichnung	449

VII. Die Verpflichtung des Unternehmers, die Bemessungsgrundlagen für die Einfuhr von Gegenständen aufzuzeichnen	450
1. Die Aufzeichnungsverpflichtung	450
2. Der Gegenstand der Aufzeichnung	451
VIII. Die Verpflichtung zur Führung eines Steuerheftes durch Reisegewerbetreibende	452
1. Die Verpflichtung zur Führung	452
a) Der Verpflichtungstatbestand	452
b) Verpflichteter Personenkreis	452
aa) Der Unternehmer	452
bb) Die Hilfskräfte	452
c) Das Kriterium »gewerbliche Niederlassung«	453
2. Führung eines Steuerheftes als besondere Steueraufsichtsmaßnahme	454
§ 23 <i>Die unternehmerischen Aufzeichnungspflichten bei Reiseleistungen</i>	456
I. Die Verpflichtung, Aufzeichnungen zu machen	456
1. Der Kreis der Aufzeichnungspflichtigen	456
2. Der Gegenstand der Aufzeichnungen	456
3. Die Art der Aufzeichnungen	457
a) Der Grundsatz der Einzelaufzeichnung	457
b) Probleme bei der Einzelaufzeichnung	457
c) Gruppenbezogene Aufzeichnungen	458
d) Zeitraumbezogene Aufzeichnungen	458
II. Steuerpflichtige und steuerfreie Reiseleistungen	459
III. Sicherung des Steueranspruchs als objektiver Rechtszweck	459
§ 24 <i>Der Ausfuhrnachweis für Ausfuhrlieferungen</i>	461
I. Die Nachweis-Verpflichtung	461
1. Der Verpflichtungstatbestand	461
2. Der Unternehmer als Verpflichteter	462
3. Das Erfordernis der Ausfuhr	463
a) Lieferung	463
b) Ausfuhr	463
aa) Außengebiet	463
bb) Erhebungsgebiet	464
cc) Währungsgebiet der DM-Ost	464
4. Der Nachweis als materiell-rechtliche Voraussetzung für die Steuerfreiheit	464
II. Die Verpflichtung, den Nachweis durch Belege zu führen	465
1. Der Belegnachweis als eigenständiger Nachweis	465
2. Der Nachweis bei Ausfuhrlieferungen in Beförderungsfällen	466
a) Die Belege nach § 9 UStDV	466
b) Andere Belege	467

3. Der Nachweis bei Ausfuhrlieferungen in Versandungsfällen	467
a) Die Versandungsbelege	467
aa) Der Eisenbahnfrachtbrief	468
bb) Der Luftfrachtbrief	469
cc) Der Posteinlieferungsschein	469
dd) Das Konnossement	470
ee) Der Rollfuhrschein	471
b) Die sonstigen handelsüblichen Belege	472
aa) Sonstige handelsübliche Belege im einzelnen	472
bb) Der Soll-Inhalt der sonstigen handelsüblichen Belege	472
4. Der Nachweis bei Ausfuhrlieferungen in den Fällen vorheriger Bearbeitung oder Verarbeitung	474
5. Die Verpflichtung zu sachlich richtigem Nachweis	475
a) Erfordernis objektiver Richtigkeit des Beleg-Inhalts	475
b) Zurechnung fehlerhafter Belege Dritter	475
6. Zeitpunkt und Ort des Ausfuhrnachweises	475
a) Zeitpunkt des Ausfuhrnachweises	475
b) Ort des Ausfuhrnachweises	476
III. Der Buchnachweis	477
1. Die Nachweis-Verpflichtung	477
2. Die Verpflichtung, den Nachweis durch Bücher zu führen	477
3. Die Verpflichtung zu vollständigem Nachweis	479
4. Die Verpflichtung zu sachlich richtigem Nachweis	480
5. Die Verpflichtung zu eindeutigem und leicht nachprüfbarem Nach- weis	481
a) Erfordernis klarer und verständlicher Aufzeichnungen	481
b) Anforderungen an die Art der Darstellung	481
aa) Die Erfüllung gewisser Ordnungserfordernisse	481
bb) Der getrennte Nachweis der Umsätze als Voraussetzung eines eindeutigen und leicht nachprüfbaren Buchnachweises	482
cc) Belege als Bestandteil und Grundlage des Buchnachweises	483
6. Zeitpunkt und Ort des Nachweises	483
a) Zeitpunkt des Nachweises	483
b) Ort des Nachweises	485
§ 25 Die Außenprüfung im Steuerrecht	486
I. Das Außenprüfungsverfahren als Teil des Besteuerungsverfahrens	486
II. Allgemeine Außenprüfungen	490
1. Die uneingeschränkte Zulässigkeit der Außenprüfung	490
2. Die eingeschränkte Zulässigkeit der Außenprüfung	490
III. Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen im Außenprüfungsver- fahren	491
1. Rechte des Steuerpflichtigen	491

2. Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	492
a) Der Verpflichtungstatbestand	492
b) Die Pflicht Auskünfte zu erteilen	493
c) Die Pflicht Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere und andere Urkunden vorzulegen	494
IV. Besondere Außenprüfungen	495
1. Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung	495
a) Der Sonderprüfungstatbestand	495
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte	497
c) Erstprüfungen	497
d) Bedarfsprüfungen	498
2. Die Lohnsteuer-Außenprüfung	499
a) Der Sonderprüfungstatbestand	499
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte	500
3. Die Kapitalverkehrsteuer-Prüfung	501
a) Der Sonderprüfungstatbestand	501
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte	502
§ 26 Steuerfahndung (Zollfahndung)	503
I. Zweck und Anlaß der Steuerfahndung (Zollfahndung)	503
1. Die Doppelfunktion	503
2. Probleme der Doppelfunktion	504
3. Anlaß der Steuerfahndung (Zollfahndung)	506
II. Organisation	507
1. Die unterschiedliche Organisation von Steuer- und Zollfahndung ..	507
2. Die Dienststellen der Landesfinanzbehörden	507
a) Die Steuerfahndungsstelle als unselbständige Dienststelle des Finanzamts	508
b) Die Steuerfahndungsstelle als Dienststelle eines selbständigen Finanzamts für Steuerfahndung und Prüfungsdienste	508
c) Die Steuerfahndungsstelle als Außenstelle der Oberfinanzdirek- tion	509
d) Die Steuerfahndungsstellen – unselbständige Dienststellen der Landesfinanzbehörden	509
3. Die Zollfahndungsämter	510
III. Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung) allgemein	511
1. Gegenständlicher Aufgabenbereich	511
a) Originäre Aufgaben	511
b) Derivative Aufgaben	511
c) Allgemeine Aufgaben – Sonderaufgaben	512
2. Räumlicher Aufgabenbereich	514
a) Inländisches Staatsgebiet	514
b) Ausländisches Staatsgebiet	515

IV. Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung) im einzelnen	517
1. Die Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	517
a) Die Erforschungspflicht	517
b) Erforschungspflicht/Verfolgungspflicht	517
2. Die Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen im Zusammenhang mit der Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	518
3. Die Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle	520
4. Sonstige Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung)	523
a) Steuerliche Ermittlungsaufgaben auf Ersuchen	523
b) Sonst übertragene Aufgaben	524
V. Befugnisse der Steuerfahndung (Zollfahndung)	525
1. Die Befugnisse im Strafverfahren wegen Steuerstraftaten	525
2. Die Befugnisse im Bußgeldverfahren wegen Steuerordnungswidrigkeiten	526
3. Die Ermittlungsbefugnisse im Besteuerungsverfahren	527
VI. Die Aufgaben und Befugnisse der Finanzämter (Hauptzollämter)	530
§ 27 <i>Steueraufsicht in besonderen Fällen (§§ 209 ff. AO)</i>	531
I. Steueraufsichtliche Realität	531
1. Der Sonderregelungsbereich	531
2. Rechtfertigung der Sonderregelung	532
3. Gegenstand der Sonderregelung	534
II. Die Nachschau-Befugnis	535
1. Der Befugnistatbestand	535
a) Der – scheinbar allgemeine – Befugnistatbestand	535
b) Die Bindung an den Bereich der Zölle und Verbrauchsteuern	535
2. Die Befugnisse im einzelnen	535
a) Die Befugnis zur Nachschau	535
aa) Die Befugnis, Grundstücke, Räume, Schiffe und andere Fahrzeuge zu betreten	535
bb) Die Berechtigten	536
cc) Die Verpflichteten	537
dd) Das Recht zur Nachschau als allgemein formulierte Berechtigung zum Betreten	537
ee) Das Recht zur Nachschau in seiner Zweckgebundenheit	538
ff) Das Problem der zeitlichen Beschränkung	539
gg) Der Übergang von der Steueraufsicht zur Außenprüfung	539
b) Die Befugnis zur Verdachts-Nachschau	540
c) Die Befugnis, Schiffe und andere Fahrzeuge anzuhalten	540
d) Die Nachschau im Bereich der Bundeswehr	541
3. Das Wesen der Nachschau	541
a) Die Nachschau als Mittel zur Erreichung des Aufsichtszweckes	541

b) Die Kernelemente der Nachschau-Befugnis	541
c) Das Verhältnis der Nachschau zu Art. 13 Abs. 1 GG	542
d) Das Verhältnis der Nachschau zu Art. 12 GG	542
III. Besondere Aufsichtsmaßnahmen	543
1. Das Tatbestandsmerkmal der rechtskräftigen Bestrafung wegen Zoll- oder Verbrauchsteuerhinterziehung	543
2. Geeignetheit und Erforderlichkeit der Mittel	545
3. Die Sicherstellung im Aufsichtsweg	545
a) Der Befugnistatbestand	545
b) Sicherstellen als Entziehen der Verfügungsberechtigung	546
c) Die Überführung der sichergestellten Sachen in das Eigentum des Bundes	547
IV. Die Mitwirkungs- und Hilfspflichten des Betroffenen	548
1. Der Verpflichtungstatbestand	548
a) Die aktiven steuerlichen Mitwirkungs- und Hilfspflichten	548
b) Die Pflicht Auskünfte zu erteilen	550
aa) Individualität des Auskunftsverlangens	550
bb) Die Form der Auskunft	552
cc) Auskunft und Anzeige	552
c) Das Verhältnis der §§ 86–92 AO zum Verpflichtungstatbestand ..	553
2. Der Verpflichtungstatbestand und seine gegenständliche Bindung ..	554
V. Die Bestellung von Steuerhilfspersonen	554
§ 28 <i>Begriff, Wesen und Umfang der Steueraufsicht</i>	556
I. Begriff der Steueraufsicht	556
II. Wesen der Steueraufsicht	558
1. Das Kriterium der überwachenden und berichtenden Sicherstel- lung	558
2. Die Verschiedenartigkeit wirtschaftlicher Betätigung als Differen- zierungsmerkmal	563
3. Das Steueraufsichtsverfahren als Verwaltungsverfahren	564
a) Besteuerungsverfahren – Steueraufsichtsverfahren	564
b) Die Grenzen des Steueraufsichtsverfahrens in der Rechtswirk- lichkeit	568
c) Bedrohung der Individualfreiheit durch das Recht	568
d) Der Rückgriff auf Vorschriften der Besteuerung	569
III. Befugnisgrenzen staatlichen Aufsichtshandelns	571
1. Individuell gebotener Umfang	571
a) Die Frage nach der Notwendigkeit einer Maßnahme	571
b) Der Gedanke der Aufsicht	573
c) Der Bezug zu konkreten Aufgaben, Pflichten und Befugnissen ..	573
2. Die herrschende Staatsidee	576
a) Das Verständnis des Verhältnisses von Staat und Bürger	576

b) Die rechtsstaatlich-individualistische Staatsauffassung	576
c) Die durch Gesetz gegebenen Befugnisnormen	576
3. Die Ermessensbindung der Finanzbehörden	579
4. Das Steuerrechtsverhältnis als Befugnisgrenze	580
5. Die der Steueraufsicht zugrunde gelegte Aufgabe	581
a) Steuerrecht als »rechtsstaatlich geordnetes Eingriffsrecht«	581
b) Das »Interesse« des Steuerpflichtigen	582
§ 29 <i>Zwischenergebnis</i>	584
Vierter Teil Staatlicher Aufsichtspluralismus	587
§ 30 <i>Staatlich-aufsichtliche Einwirkung</i>	589
I. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Bereich der administrativen Staatsaufsicht	589
1. Der Pluralismus von Rechtsformen und Strukturen	589
a) Der Integrationseffekt	589
b) »Beaufsichtigen« als ursprüngliche Form staatlicher Aufsicht	594
c) Staatliche Aufsicht als befugte Beaufsichtigung aus gegebenem Anlaß	602
aa) Aufsichtliche Beschränkung in verwaltungsbehördlichem Belieben?	602
bb) Befugnisnormen und rechtliche Unsicherheiten	606
cc) Die Zuweisung von Verwaltungskompetenzen als Globalermächtigung?	613
d) Das Element des »Tätigwerdens« als Voraussetzung staatsaufsichtlicher Effizienz	614
aa) Umfang und Intensität	614
bb) Die Beschränkung auf Durchführung von Befugnissen	616
2. Traditionell-administrative oder technisch-fachmännische Verwaltung?	618
II. Anknüpfungspunkte staatsaufsichtlicher Einwirkung	623
1. Wirtschaftliche Betätigung	623
2. Unternehmen	625
3. Markteinrichtung	627
III. Die Subsidiaritätsfunktion	628
IV. Interventionismus – Dirigismus	629
§ 31 <i>Ziele staatlich-aufsichtlicher Einwirkung</i>	635
I. Die Einwirkungsfunktion der Verwaltung	635
1. Sozialgestaltende Funktion	635
a) Der Struktur- und Funktionswandel als Ursprung der staatlichen Einwirkung	635
b) Die Rechtsprechung als »staatsaufsichtliche« ad-hoc-Instanz	637

2. Die Verfügung über individuelle und »kollektive« Schicksale	639
a) Chance und Gefahr	639
b) Die Illusion von einem demokratischen Monismus	644
II. Die Mittlerfunktion der Verwaltung	646
1. Die balancierende Fürsorge staatlichen Gestaltungsinteresses	646
2. Die Reaktivität staatlichen Gestaltungshandelns	648
III. Zukunftsorientierte kontinuierliche Gestaltung	649
1. Verwaltungsfunktionelle Dynamik	649
a) Orientierungsdatum	649
b) Die Flucht in den Schutzbereich vermeintlich statischer Befugnisnormen	651
c) Subjektive Rechtspositionen als objektive Schutzbastionen?	657
2. Aufsicht und einzelwirtschaftliches Erfolgsinteresse	660
a) Erfolg, Integration, Existenz und Flexibilität als Gebote der Wirtschaft	660
b) Geschäftspolitischer Verantwortungs- und Entscheidungsspielraum als Grenzen staatsaufsichtlichen Handelns	662
c) Planifikation via EG?	664
3. Rechtsverbindlich gewußte Verhaltenserwartung	666
a) Beratung, Förderung und Schutz des Aufsichtsadressaten	666
b) Koexistenz privatwirtschaftlich-kapitalistischen und gemeinwirtschaftlich-sozialistischen Denkens	669
§ 32 Mittel staatlich-aufsichtlicher Einwirkung	675
I. Die Skala aufsichtlicher Mittel	675
II. Rechtssatzgebundenheit der Mittel staatlich-aufsichtlicher Einwirkung	682
1. Der unterschiedliche Grad der Rechtssatzgebundenheit	682
2. Rechtssatzgebundenheit als Farce?	689
3. Rechtssatzgebundenheit als Sinngelassenheit	691
4. Das Problem der rechtssatzmäßigen Determination der staatlichen Aufsichtsmittel	693
a) Die Eigentümlichkeit der »Verwaltungs«-Rechtsnormen i. w. S.	693
aa) Zugänglichkeit zu unterschiedlichen Ausdeutungen	693
bb) Nicht hinreichend klare Erfassbarkeit des Aufsichtsobjekts	694
cc) Politische Wertvorstellungen als Mittel der Auslegung	695
dd) Unzutraglichkeiten als Folge mangelnder Konkretisierung aufsichtlicher Ermächtigungen	697
b) Allgemein formulierte Aufsichtsklauseln als defizitäre materielle Ermächtigungsnormen	700
aa) Hinweisfunktion	700
bb) Zuständigkeitsfunktion	701
III. Zur Entwicklung eines Systems der Mittel staatsaufsichtlicher Einwirkung	702
1. Jurisprudenz als systematische Disziplin	702
a) Einheit der mannigfaltigen Erkenntnisse	702

Inhalt

b) Hindernisse für eine systematische Einheit	702
aa) Die Offenheit jedes rechtlichen Systems	702
bb) Die Verschiedenartigkeit des Systemverständnisses	702
cc) Das punktuelle gesetzgeberische procedere	704
dd) Die Regelungsmodalitäten	705
ee) Der Wandel der Normzwecke	706
2. System als logische Ordnung	707
3. Die Frage nach der logischen Ordnung	707
4. Der Versuch einer Antwort	708
Fünfter Teil Gesamtergebnis	709
§ 33 Zusammenfassung der Teilergebnisse	711
Sachregister	721